Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 4

Buchbesprechung: Harold Laskis Warnung vor einem neuen Faschismus
Autor: Furrer, Paul

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PAUL FURRER

Harold Laskis Warnung vor einem neuen Faschismus

Man muß es der Büchergilde Gutenberg als großes Verdienst anrechnen, daß sie Professor Harold Laskis Buch «Revolutionäre Wandlungen in unserer Zeit» in deutscher Sprache herausgebracht hat und ihm, dank ihrem großen Leserkreis, auch in der Schweiz die verdiente Verbreitung sichern wird. Laskis Buch hat auch uns viel zu bieten, lenkt es doch in der verwirrenden Mannigfaltigkeit der Ereignisse und ihrer Interpretationen unsere Aufmerksamkeit wieder auf jene Punkte, wo im wesentlichen unser künftiges Schicksal entschieden wird. Laskis Buch gibt in seiner ganzen Anlage etwas von dem Geist der Jahre wieder, in denen es entstanden ist – es wurde im November 1942 abgeschlossen –, jener dunklen Tage, da England um sein nacktes Leben kämpfte. Es war eine Zeit, in der, wie vielleicht nie zuvor, Engländer jedes Alters und Berufes – Soldaten, Arbeiter, Studenten – sich fragen mußten, nicht nur, wie sie ihr Land aus dieser entsetzlichen Katastrophe herausführen, sondern darüber hinaus, wie sie kommenden Generationen das Grauen eines Krieges ersparen könnten. Was sich aus dem Denken und den Erfahrungen dieser Leute herauskristallisierte, dieses «*national stocktaking*», die nationale Bilanz, die Erörterung der nationalen und internationalen Existenzgrundlagen Englands und seines Empires, wie der Existenz der heutigen Gesellschaft und des Individuums überhaupt, hat in Laskis Buch einen Niederschlag gefunden.

Es entspricht dieser Betrachtungsweise, daß Laski – ungleich Churchill – im Sieg der Vereinten Nationen nicht das Ziel, sondern erst die *Vorbedingung* zur weiteren, revolutionären Umgestaltung der Verhältnisse sieht. Eine Rückkehr zu Vorkriegsverhältnissen, wie sie Churchill zu jener Zeit vorsieht, mit einigen organisatorischen, aber bewußt unbestimmt gelassenen Korrekturen, kommt für unsere Generation nicht in Frage. Denn der wiederhergestellte Kapitalismus kann, den ihm innewohnenden Gesetzen folgend, nur einem neuen Faschismus zum Durchbruch verhelfen. Das Wesen des Faschismus – das haben wir heute trotz allen Vertuschungs- und Verharmlosungsversuchen erkannt – ist überall «die Frucht des im Niedergang befindlichen Kapitalismus». Der Faschismus organisiert die antidemokratischen Strömungen zum Zwecke der Eroberung der Staatsmacht. Es wäre vergebliche Mühe, im Faschismus irgendeine wirtschaftliche Theorie sehen zu wollen, die über diesen Zweck der Eroberung und Behauptung der Macht hinausführte. «Faschismus ist Macht, aufgebaut auf Terror, organisiert sowie behauptet durch Furcht vor Terror und die durch Eroberung erweckten Hoffnungen. Er ist die Disziplinierung einer Gesellschaft für einen vom Kriegsrecht beherrschten Zustand, weil die Nation gezwungen ist, jede noch so kurze Friedenszeit für Kriegsvorbereitungen zu verwenden.»

Wenn man sich natürlicherweise fragt, auf Grund welcher sozialen und wirtschaftlichen Umstände es zu solcher Entladung konterrevolutionärer Kräfte überhaupt kommen konnte, so sieht Laski einen Hauptgrund darin, daß sich die bestehende Gesellschaft außerstande sah, den Massen auf der Grundlage steigenden Wohlstandes *wirtschaftliche Sicherheit* zu bieten. Für die Massen der ganzen Welt

hat in unserer Zeit der Begriff der Freiheit die Bedeutung wirtschaftlicher Sicherheit angenommen. Trotz Erweiterung des Wahlrechts, trotz fortschreitender Demokratisierung der politischen Institutionen verschlechterten sich die Aussichten des Aufstieges immer weiter. Jede technische Errungenschaft – sie häuften sich in den letzten Jahrzehnten – trug, statt zur Befreiung der Massen, zu ihrer größeren Versklavung bei, indem sie Tausende aus dem Arbeitsprozeß ausschied. Bis man eben auf jene Grundwahrheit kam, daß «die Mißstände nicht im Formalpolitischen, sondern in den Produktionsverhältnissen wurzeln. Damit aber wurden die Eigentumsverhältnisse zum Mittelpunkt politischer Betrachtung, aus der sofort die Forderung einer neuen Grundlegung der staatlichen Macht entstand». Sobald jedoch die Eigentumsrechte angefochten werden, sind Sondervorrechte und Gewohnheitsrechte in Frage gestellt und werden von all jenen Gruppen und Institutionen, die an solchen Vorrechten interessiert sind, mit allen Mitteln verteidigt. Der Faschismus ist die Drohung der Eigentumsinteressen an eine Demokratie, welche über die Produktionsverhältnisse einer kapitalistischen Gesellschaft hinwegzuschreiten versucht. «Vergegenwärtigt man sich dazu noch, daß in einem Teil der Welt bereits eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung besteht, die allen Bürgern, wenn nicht politische Freiheit, so doch materielle Sicherung und die Aussicht auf steigenden Wohlstand bietet, so muß die Tatsache allein schon ihres Bestehens als ständige Herausforderung an die Verteidiger des Alten wirken.» Irgendwie werden auch diese gewahr, daß wir «in einer Epoche revolutionärer Wandlungen», an einer Zeitenwende stehen; doch, weit entfernt davon, die Aufgabe, die unserer Zeit gesetzt ist – die Überwindung der Armut – anzuerkennen, reagieren sie auf die neuen Forderungen nur mit Furcht und Haß.

Wie können wir in Zukunft die gegenrevolutionären Strömungen bekämpfen? Sie sammelten sich in den vergangenen Jahren unter der Fahne des Faschismus; jetzt, da der Faschismu so diskreditiert ist, daß ihn sogar die katholische Kirche, die sich so hoffnungslos mit ihm kompromittiert hatte, verleugnet, und das Bürgertum Franco-Spanien zum «christlich-demokratischen Staat» erklärt, wo von Faschismus keine Rede sei (siehe «NZZ» vom 2. März 1946), heute werden diese gegenrevolutionären Kräfte den Kampf sicher nicht aufgeben, sondern in vorsichtiger Tarnung weiterführen.

Laski war sich schon 1942 klar darüber, daß die Gegenrevolution durch die vorauszusehende militärische Niederlage der faschistischen Staaten nicht erledigt sein werde. Schon damals forderte er eine *revolutionäre Politik*, als die einzige, die geeignet sei, die Gegenrevolution zu überwinden. Diese Politik in die Wege zu leiten, solange das englische Volk unter dem Eindruck des Kampfes und unerhörter Opfer bereit war, auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet Großes und Neues zu wagen, schien ihm der einzig mögliche Weg zu sein. Von dem Optimismus und dem das ganze Volk beherrschenden Kampfwillen erhoffte Laski für die Nachkriegszeit, was er die «revolution by consent» – die Revolution unter Zustimmung mindestens einer Mehrheit des Volkes – nennt. Revolution nicht durch Straßenkämpfe und Saalschlachten, aber die Eroberung der ökonomischen Schlüsselstellungen durch eine fortschrittliche Mehrheit unter Führung der Labour Party und Planung für eine Wirtschaft der Fülle, statt des Mangels, Bodenreform, ein neues Erziehungssystem, das alle Volkskreise umfaßt, nicht nur Gutsituierte, und eine Sozialversicherung,

wie sie von Sir William Beveridge ausgearbeitet worden war, – all dies unter Wahrung der persönlichen Freiheiten. Revolutionäre Forderungen vertrat Laski auch auf außenpolitischem Gebiet: Bruch mit dem Imperialismus des 19. Jahrhunderts, Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit den nach Unabhängigkeit strebenden Kolonialvölkern des britischen Empires.

So lauteten Laskis Thesen 1942. Das Bestreben Churchills und seiner konservativen Mitarbeiter war, die Erörterung solcher Fragen, solange der Krieg dauerte, als unzeitgemäß abzulehnen. Es bedurfte des ganzen Idealismus und der Überzeugungskraft Laskis, um bei seiner eigenen Partei durchzudringen. Was er forderte, war eine kühne Strategie für den kommenden Kampf. «Als im Mai 1940 die Labour Party in die Churchill-Regierung eintrat, verpflichtete sie sich auf eine einzige Politik: die, den Krieg zu gewinnen. Regieren ist ein dynamischer Vorgang, und den Krieg gewinnen heißt nicht lediglich, eine bedingungslose Kapitulation unserer Feinde erzwingen. Es bedeutet auch, daß die Bedingungen vorbereitet werden, durch welche jene vier Freiheiten, zu denen sich Churchill nicht weniger als Präsident Roosevelt verpflichtet hat, wirklich und praktisch in das Leben des kleinen Mannes eingefügt werden. Die Gefahr ist groß, daß sie schöne staatsmännische Aussprüche bleiben, wenn die Labour Party nicht ernstlich darauf dringt, daß Schritte zu ihrer Verwirklichung unternommen werden, solange es noch mit so weitgehender Zustimmung der öffentlichen Meinung wie heute geschehen kann. Nichts wäre wohl mehr geeignet, die Labour Party zu zerstören, als wenn sie sich mit der Arbeit eines Kabinetts bescheiden würde, dessen Ziele und Mittel im schärfsten Widerspruch zu dem stehen, was Labour-Führer und Mitgliedschaft als Vorbedingung für die Rettung der Nation erklärt haben. Und nichts auch ist mehr geeignet, den Weg zu jener Verbitterung und Enttäuschung zu bahnen, aus welcher der Faschismus geboren wird. Wir suchen doch gewiß nicht, ihn auf dem Schlachtfeld zu vernichten, um dann nach dem Krieg seinen Sieg zu ermöglichen.»

Es ist natürlich schwer, zu beurteilen, in welchem Umfange die sozialistische Aufklärungsarbeit in der Art von Professor Laskis Buch und vieler anderer, vorzüglicher Schriften am Wahlerfolg der Labour Party beteiligt sind. Nach den Auflagezahlen muß man annehmen, daß sie eingeschlagen und weite Kreise erreicht haben, die politischer Überlegung zugänglich sind. Was aber noch viel stärkeren Eindruck gemacht und das erstaunliche Debakel der Konservativen Partei samt ihrem hervorragenden Führer verursacht haben dürfte, ist etwas anderes. Zweimal innerhalb einer Generation ist das englische Volk von der Katastrophe des Krieges betroffen worden – das zweitemal, wie Churchill dies selbst eingesteht, infolge der schlechten Politik seiner konservativen Regierung. Im ersten wie im zweiten Weltkrieg hat, wie «der Mann auf der Straße» feststellen konnte, die sogenannte freie Wirtschaft katastrophal versagt, so sehr, daß die Nation in den Jahren 1939 bis 1945 nur dadurch ihr Leben retten konnte, daß der Staat der freien Wirtschaft jede Verfügungsgewalt über ihren Besitz entzog. Auch dem Mann auf der Straße wird die Ironie nicht entgangen sein, daß die immer als unfähig verschriene Gemeinwirtschaft mitten im Krieg trotz äußerster Anspannung ihrer Kräfte und Mittel es fertig brachte, weiten Volksschichten zum erstenmal in ihrem Leben volle Beschäftigung, ein Dach über dem Kopf und eine auskömmliche materielle Existenz zu schaffen. Von der Feststellung dieser erstaunlichen Tatsache bis zur Forderung, daß die ele-

mentaren Lebensbedürfnisse auch im Frieden gesichert werden müssen, war nur ein Schritt. Es war der Schritt in eine erst zu verwirklichende Welt. Die Pionierarbeit, die hier für eine neue Form menschlicher Zusammenarbeit in Frieden, wirtschaftlicher Demokratie und Freiheit geleistet werden muß, war nur die Labour Party zu übernehmen gewillt. Dies war unseres Erachtens der Sinn des Vertrauensvotums, das die Labour Party vom englischen Volk erhielt.

Daß aber in England auch außerhalb der Labour Party die Ideen in Fluß gekommen sind, scheint ein Vortrag zu bestätigen, der kürzlich (am 20. Februar 1946) in der ETH gehalten wurde und in schweizerischen Industrie- und Handelskreisen einiges Aufsehen erregt haben dürfte. Der Vortragende, *Geoffrey Crowther*, Chefredaktor der weltbekannten Londoner Wirtschaftszeitung «Economist», stellt fest, daß die sogenannte freie Wirtschaft versagt habe, und warnt vor dem Versuch, dazu zurückzukehren, wie dies nach dem ersten Weltkrieg geschah. Die extremen Gegensätze zwischen arm und reich, die Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit – seit Jahrzehnten Begleiterscheinungen dieser freien Wirtschaft – seien nicht mehr tragbar. Crowther, als Nicht-Sozialist, sieht voraus, daß weite Bezirke wirtschaftlicher Betätigung – mehr oder weniger die gesamte Produktion, die auf die Befriedigung unserer elementaren Lebensnotwendigkeiten gerichtet ist – der Sphäre der freien Wirtschaft entzogen werden dürften. Ernährung, Behausung, Erziehung, möglicherweise sogar Bekleidung, könnten nach seiner Meinung zum Schutze des Individuums als Sozialdienst organisiert werden. Ob nicht auch noch andere Arten wirtschaftlicher Tätigkeit wie Transport, Elektrizitätserzeugung dem Bereich von Angebot und Nachfrage entzogen werden sollen, ist, nach Mr. Crowther, noch abzuklären. Schließlich dürfte auch in ihnen ein von der Gemeinschaft ausgehendes, soziales Motiv zur Auswirkung kommen. Zu den sonstigen Forderungen Mr. Crowthers – weitgehende Befreiung des freien Sektors der Wirtschaft, das heißt der Produktion, die dem Profitstreben des Individuums dient, von staatlicher Kontrolle – darf man wohl als Sozialist ein Fragezeichen machen. Tatsache bleibt jedoch, daß endlich einmal jemand aus dem bürgerlichen Lager soviel anerkennt: Grundlegende, ja revolutionäre Umstellungen in den Produktionsverhältnissen sind notwendig, wenn in Zukunft erträgliche Zustände herrschen sollen. Man muß sich fragen, ob es wirklich einen neuen Krieg braucht, um auch bei uns etwelche Auflockerung des wirtschaftspolitischen Denkens herbeizuführen.

WERNER RINGS

„Vollbeschäftigung in einer Gesellschaft freier Menschen“

Ein Programm Sir William Beveridges

Arbeitslosigkeit werde von periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen verursacht, und sie hebe sich jeweils mit dem Abklingen der Krisen wieder auf, weil das System der freien Marktwirtschaft — einem sich selbsttätig regulierenden Me-